

"Die Staatshasser sind zu Etatisten geworden"

Autor(en): **Scheu, René / Maurer, Ueli**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **94 (2014)**

Heft 1013

PDF erstellt am: **16.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-735807>

Nutzungsbedingungen

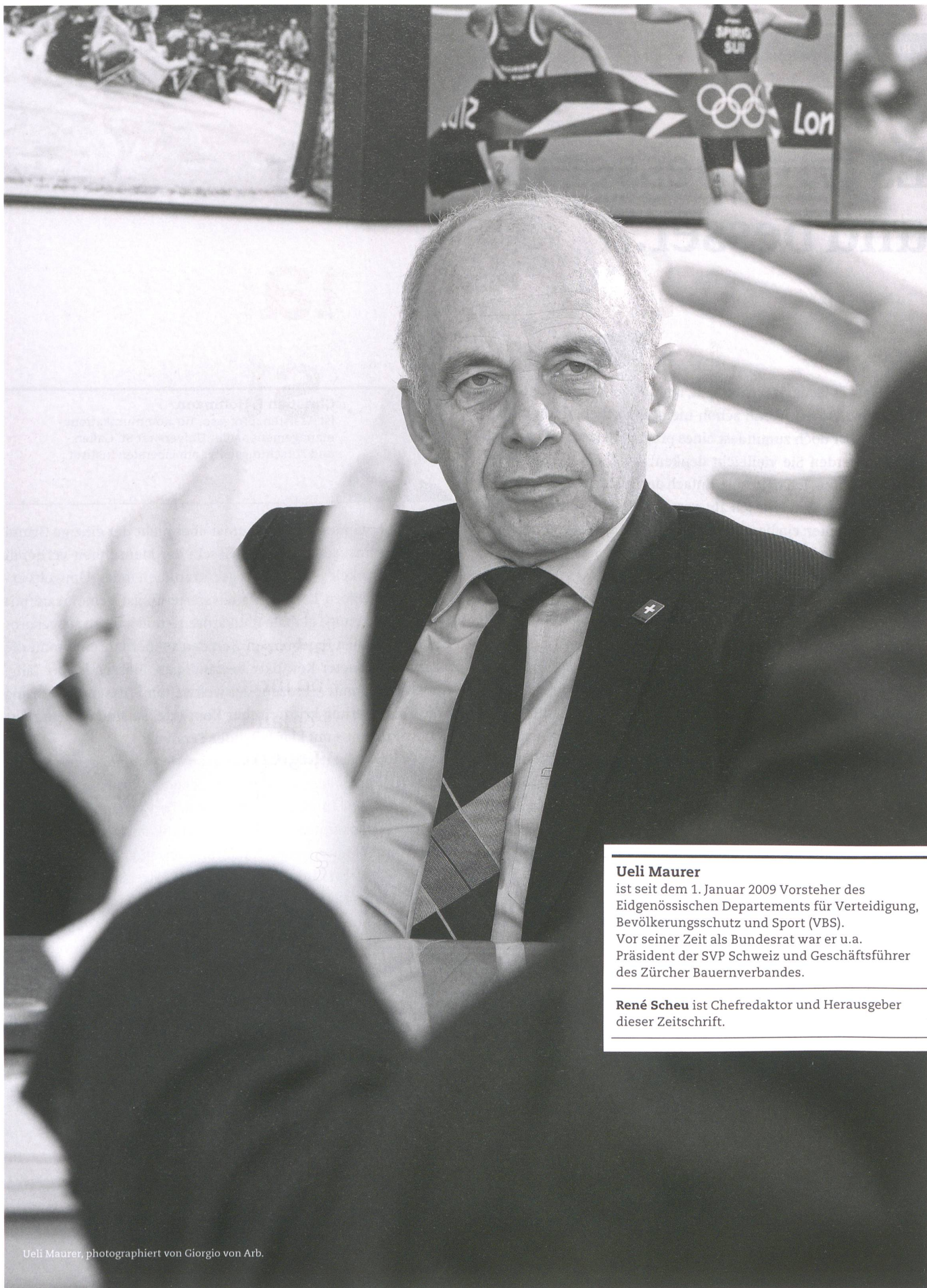
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Ueli Maurer

ist seit dem 1. Januar 2009 Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS). Vor seiner Zeit als Bundesrat war er u.a. Präsident der SVP Schweiz und Geschäftsführer des Zürcher Bauernverbandes.

René Scheu ist Chefredaktor und Herausgeber dieser Zeitschrift.

Ueli Maurer, fotografiert von Giorgio von Arb.

«Die Staatshasser sind zu Etatisten geworden»

Die Medienleute – sagt Ueli Maurer – schreiben konsequent an ihrem Publikum vorbei. Und sind mit den Mächtigen viel zu stark verbandelt. Die «WOZ» liest der Magistrat gerne, von den 1968ern und ihrem Anspruch auf Deutungshoheit hält er jedoch nicht viel. Ueli Maurer glaubt vielmehr an eine Wiederverbürgerlichung der Schweiz – dank engagierten Frauen und eingebürgerten Ausländern. Im Ernst?

René Scheu trifft Ueli Maurer



err Maurer, beginnen wir konkret: Sind Sie ein klassischer Zeitungsleser?

Nein, bin ich nicht. Um mir einen Überblick zu verschaffen, gehe ich morgens kurz online. Wenn ich im Auto unterwegs bin und nicht selber fahre, ist zumeist eine Zeitung dabei. Aber Zeitungen haben nicht

so viel Gehalt, als dass man sich ewig darin vertiefen müsste. Tendenziell nimmt mein Zeitungskonsum ab.

Konsumieren Sie vielleicht bloss die falschen Zeitungen?

Ich lese eher wieder mal ein gutes Buch oder einen grundsätzlichen Essay. Da geht es um die grossen Zusammenhänge, und genau das ist es, was uns oftmals fehlt: das Begreifen der Zusammenhänge.

Welche Zeitschriften lesen Sie denn?

Die «Weltwoche» und die «Wochenzeitung», damit ich mit den Themen abgedeckt bin, die rechts und links gerade verhandelt werden.

Die «Weltwoche» überrascht mich nicht. Aber Sie lesen tatsächlich die linke «WOZ»?

Klar. Die Redaktoren vertreten zwar völlig verkehrte Ansichten, doch ist die Zeitung nicht schlecht gemacht – sie bringt immer wieder mal gut recherchierte Geschichten. Und zwischendurch kaufe ich mir die «Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung», die ist klug und unterhaltsam.

Reissen Sie die Texte mit potentielltem Erkenntnisgewinn heraus, um sie später in Ruhe zu lesen?

Selten. Ich bewahre mir einige Artikel auf, um sie zu studieren. Am Ende jedes Monats schaue ich mir die Schnipsel an und stelle erleichtert fest: Das meiste hat sich erübrigt, all dieses Werweisen, Mutmassen und Meinen. So spart man Zeit, die man in die Buchlektüre investieren kann.

Aha. Welches Buch lesen Sie gerade?

Ich habe die Angewohnheit, immer ein paar Bücher gleichzeitig zu lesen. Zurzeit ist dies ein spannender Roman von Marc Elsberg, der sich um eine Welt dreht, wo der Strom ausfällt: «Blackout». Dann bin ich gerade in die Biographie des Gesandten Walter Stucki vertieft, im NZZ-Verlag erschienen. Der Titel des dritten Buches ist mir entfallen.

Steht bei Ihnen zu Hause ein Fernseher?

Nein. Und bei Ihnen?

Auch nicht. Machen Sie bei sozialen Medien mit – als betont «volksnaher» Bundesrat?

Nein.

Inkognito?

Nein.

Interessieren Sie sich immerhin für das, was dort über Sie geschrieben wird?

Das tue ich grundsätzlich nicht.

Das kann ich kaum glauben.

Es ist so. Wirklich.

Sie lesen also nur wenige Zeitungen und Zeitschriften, kritisieren aber gerne die Zeitungsmacher. In einer vielbeachteten Rede am Verlegerkongress haben Sie die Verleger attackiert.¹ Ihr Vorwurf an die Anwesenden: Sie lassen es an persönlicher Statur fehlen und pflegen den journalistischen Einheitsbrei. Die Verleger quittierten die Kritik mit Pfiffen. Haben Sie damit gerechnet?

Der Auftritt war einer der Höhepunkte meines Präsidialjahres: Interlaken, ein schöner Saal, Frauen in langen Roben, weiss gedeckte Tische, Herren im Smoking – und ich wurde zeit meines Lebens noch nie so ausgebuht. Das habe ich, ganz ehrlich gesagt, nicht erwartet. Mir war sofort klar, dass ich einen wunden Punkt getroffen haben musste.

Den wunden Punkt würde ich gerne mit Ihnen vertiefen. Sie haben eine kritischere Haltung gegenüber Exponenten der Macht angenommen. Dazu zählen Sie selbst als Bundesrat. Was hat Sie geritten, die Medien zu mehr Bundesratsschelte aufzufordern?

Es geht ja nicht um mich, sondern um die Sache. Ich beziehe mich in meinem Vortrag auf die Mediationszeit und die Gründungsjahre des modernen Bundesstaates. Damals hat man der Presse eine klare, staatspolitisch unverzichtbare Aufgabe zugewiesen: die Mächtigen zu kontrollieren, und dazu zählen alle Vertreter des Monopolisten Staat. Der Staat hat die Freiheit der Bürger zu schützen, darum wurde er von den Bürgern gegründet. Aber genau darum stellt er zugleich eine ständige Bedrohung für ihre Freiheit dar, indem er sich immer wieder unaufgefordert in ihr Leben einmischt. In meinem Vortrag habe ich die Frage aufgeworfen: Wo ist diese kritische Grundhaltung heute? Wo sind die staatskritischen Journalisten?

Ich würde antworten: Sie existieren sehr wohl. Allerdings werden sie von Ihren Spindoctors auch gut bearbeitet. Wie viele Kommunikationsleute beschäftigen Sie eigentlich im VBS?

Etwa 100 Leute. Die meisten davon sind damit beschäftigt, Lehrmittel, Programme, Filme, Reglemente für die Armee herzustellen. Im Medienumfeld sind es 15 Leute.

¹ Ueli Maurer: Die Aufgaben der Medien in der liberalen Demokratie. Rede anlässlich des Schweizer Medienkongresses vom 13. September 2013 in Interlaken. <http://www.vbs.admin.ch/internet/vbs/de/home/documentation/reden/liste/detailspeech.50232.nsb.html>

Wir haben viel zu viele Kommunikationsbeauftragte in Bern.

Ueli Maurer

Das sind immer noch eine Menge Spindoctors, die die gehetzten Journalisten gezielt mit Informationen füttern können. Ich erkenne hier eine Asymmetrie in der Informationsmacht.

Das ist zweifellos ein Problem. Eindeutig. Wir haben viel zu viele Kommunikationsbeauftragte in Bern. Die Journalisten wissen damit aber im übrigen klug umzugehen. Sie entlocken dem einen eine Information, dann dem anderen eine leicht anders gefärbte – und schon haben sie eine Geschichte, mit der sie für ein paar Stunden Aufmerksamkeit erzielen können. Aus solchen Geschichten entstehen wiederum neue Geschichten, und das Rad dreht weiter und immer weiter. Dagegen hilft nur eins: Der Chef muss mehr selber kommunizieren. Das habe ich als Parteipräsident auch so gehalten. Ich sehe schon, Sie bringen mich auf neue Gedanken: Ich muss über die Bücher.

Ihre Kommunikatoren arbeiten effizient. Den Kauf der neuen Gripen-Kampfflugzeuge haben Sie ziemlich reibungslos über die Bühne gebracht.

Danke. Ich sage immer: Rein machtpolitisch betrachtet, sind die Medien eigentlich unsere Instrumente. Sie bringen die Anliegen unter die Leute. Hier brauchen wir eine glasklare Kommunikationsstrategie, damit die Botschaft so ankommt, wie wir dies wollen.

Die Kommunikationsmacht ist – um Ihr Wort zu benutzen – staatspolitisch bedenklich.

Stimmt. Eigentlich müssten wir weniger Auskunft geben – und dann bräuchten wir auch nicht so viele Kommunikationsexperten in Bern. Wenn es etwas zu sagen gibt, nun wohl, dann veranstalten

wir eine Pressekonferenz. Und sonst schweigen wir. Heute geht hingegen die Angst um, dass wir in die Pfanne gehauen werden, wenn wir die Journalisten nicht ständig mit Geschichten beliefern.

Und die Journalisten schreiben dann das, was die Leute hören wollen?

Sie schreiben das, von dem sie glauben, dass es die Leute hören wollen. Fakt ist: Seichte Unterhaltung dominiert heute auch in den Printmedien. Das Credo heisst «Brot und Spiele», wie im alten Rom.

Zurück zu Ihrem Vortrag. Sie sprechen darin von einem «Glaubensbekenntnis der Schweizer Medien». Diese Glaubenssätze lauten gemäss Ueli Maurer wie folgt: «Der Klimawandel ist dem Menschen anzulasten. – Atomenergie ist böse, Alternativenenergien sind gut. – Einwanderung ist immer und überall eine Bereicherung. – Internationale Lösungen sind immer besser als nationale. – Die Schweiz ist immer im Unrecht, die Vorwürfe an unser Land können noch so absurd und durchsichtig sein. – Der Staat ist verantwortungsvoller als der Bürger.» Wie kommen Sie darauf?

Das sind die Botschaften, mit denen wir täglich bombardiert werden – selbst Leute wie ich, die sich ihnen zu entziehen versuchen. Ich frage aber einmal zurück: Stimmt es denn nicht, dass die meisten Journalisten heute links oder mitte-links stehen?

Ich würde es so sagen: Viele meiner Kollegen sind tendenziell staatsgläubig und wirtschaftskritisch eingestellt – die wenigsten waren jemals auf eigene Rechnung in der Privatwirtschaft unterwegs. Sie sind geprägt von ihrem Umfeld und folgen den Gesetzen der Be-

quemlichkeit: Wer staatsaffin eingestellt ist, hält sich in der Publizistik alle Berufsoptionen offen. Das ist letztlich bloss rational.

Die meisten Journalisten sind heute weniger unabhängig als früher. Sie sind eingebunden, in politische Aktivitäten und Kampagnen von Nichtregierungsorganisationen, die politische Ziele verfolgen. Sie sind Teil eines Machtgebildes. Es ist ja klar, dass sie nicht die Hand beissen, die sie mit Geschichten füttert. Bern ist eine Käseglöcke ohne Frischluftzufuhr. Das führt automatisch zu mentalen Verformungen.

Sie übertreiben. In der Schweiz weht bloss derselbe etatistische Zeitgeist, der auch im Rest Europas den Ton angibt. Ralf Dahrendorf schrieb bereits zu Beginn der 1980er Jahre: «Wir sind (fast) alle zu Sozialdemokraten geworden.» Damit meinte er: Ausbau des Sozialstaats, Freiheit wird nur noch als politische Teilhabe verstanden, Gerechtigkeit meint grössere materielle Gleichheit, der Glaube an politische Machbarkeit ist ungebrochen, und der Staat agiert stets wohlwollend.

Das kann ich alles unterschreiben. Dahrendorf hat insofern recht, als der deutsche Staat ständig wuchs, in den friedlichen und prosperierenden Jahrzehnten nach dem Krieg. In der Schweiz wurde der linke Zeitgeist vor allem in den 1990er Jahren so richtig spürbar,

nach dem Fall der Mauer. Er wirkt bis heute nach. Auch bei uns wird der Staat mittlerweile zum grossen Problemlöser verklärt.

Nehmen wir einen Moment an, Ihre These sei korrekt. Worauf führen Sie die Veränderung des Zeitgeists zurück?

Ich nenne Ihnen eine Zahl: 1968.

Pardon, das war vor über 40 Jahren.

Stimmt. Aber dann kam der Marsch durch die Institutionen. Die Schulen wurden linker und femininer, das beginnt schon in der Primarschule und geht dann munter weiter: Mittelschule, Hochschule. Das Umfeld färbt ab. Ich sehe das bei meinen eigenen Kindern. Je mehr Zeit sie in Schulen verbringen, desto linker ist ihre Einstellung, jedenfalls vorübergehend! Wir haben sechs Kinder. Jene, die an die Uni gehen, kommen irgendwann links nach Hause. Jene, die eine Lehre absolvieren und mit dem realen Leben statt nur mit schönen Ideen konfrontiert sind, bleiben solide bürgerlich. Wir hatten deswegen beim Abendessen jeweils die heftigsten Diskussionen.

Da war der Papa offensichtlich besorgt?

Mittlerweile ticken alle wieder bürgerlich, und die Diskussionen verlaufen in geordneten Bahnen.

Anzeige



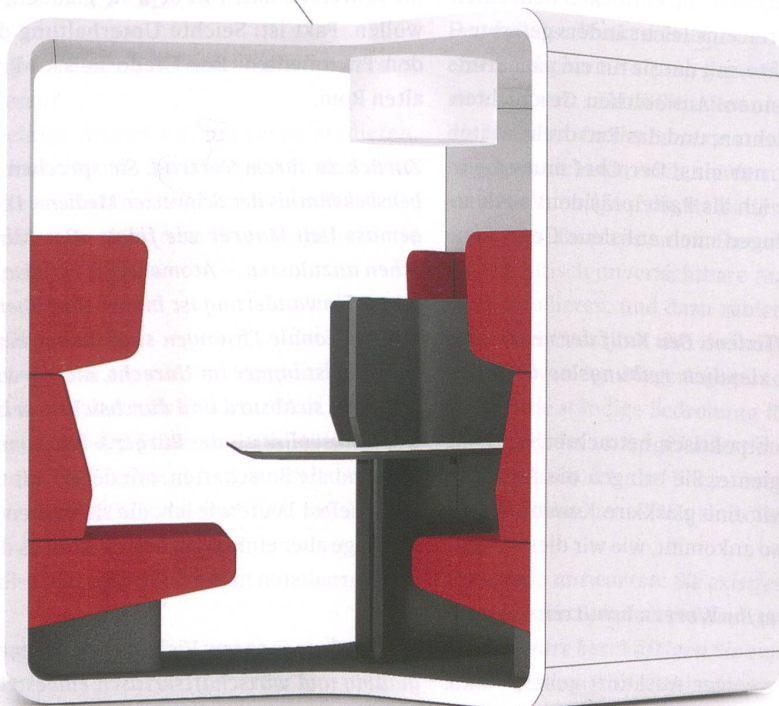
reddot design award
best of the best 2012



DESIGNPREIS
DER
BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND
2012

NOMINIERT

TOUCH DOWN
FÜR EINEN ZWISCHENSTOPP



WORK LOUNGE
FÜR LOCKERE BESPRECHUNGEN



LO Mindport von Lista Office LO ist das neue Raummöbelsystem, das offene Arbeitswelten strukturiert.

Die meisten Journalisten sind heute Teil eines Machtgebildes. Es ist ja klar, dass sie nicht die Hand beissen, die sie mit Geschichten füttert.

Ueli Maurer

Interessant. Darf ich fragen: Worüber wurde denn konkret gestritten?
Ist die traditionelle Familie, die Keimzelle der Gesellschaft, bloss etwas für Ewiggestrige? Oder Verkehrspolitik – ist ein Umweltverschmutzer, also ein schlechter Mensch, wer heutzutage noch ein Auto fährt? Energiepolitik – Atomenergie ist schlecht, Wind- und Sonnenenergie sind gut. Soziale Themen. Dabei fiel mir auf: Es wurde viel moralisiert.

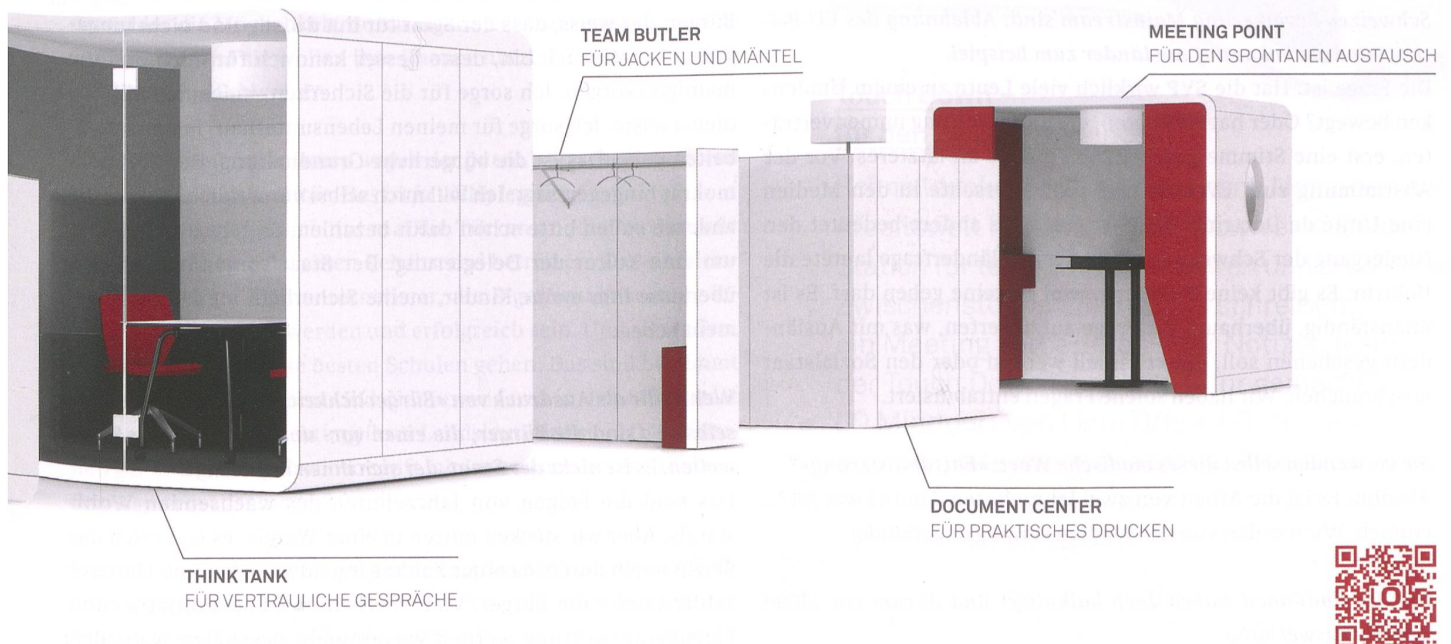
Sie übertreiben. Diese Probleme hat doch jeder Vater mit seinen Kindern in der Schule.

Nein. Einer meiner Söhne war immer besonders selbstbewusst und klar in seinen Ansichten. Damit eckte er in der Schule an, bei Lehrerinnen und Mitschülern. Er wurde wie ein Aussätziger behandelt. Aber er hat durchgehalten.

Sie sind 1950 geboren. Wie haben Sie selbst die Schulzeit erlebt?

Ich erinnere mich gut an eine Schulszene, die vom aufkommenenden moralisierenden Zeitgeist zeugt. Der Lehrer meinte in der damals üblichen Weltuntergangsrhetorik: Sauberes Wasser haben wir nur noch in den Bergen, der Rest ist verschmutzt. Ich musste einen Aufsatz zum Thema verfassen und vertrat die These: Wasser lässt sich reinigen, die ganze Aufregung ist für die Katz. Ich

lista office **LO**



Das sich an jede Situation anpasst. Und das Menschen motiviert. > www.lista-office.com/mindport

Die Schweiz ist meiner Meinung nach in den letzten Jahren wieder bürgerlicher geworden.

Ueli Maurer

bekam die Note 1. Begründung: gut geschrieben, aber inhaltlich völlig daneben.

Mit Verlaub – Sie verallgemeinern unzulässig.

Natürlich sind diese Eindrücke auch subjektiv. Aber viele Kollegen haben ähnliche Erfahrungen gemacht und bestätigen mir meine Ansichten.

Wir alle bewegen uns gerne in Milieus, die unsere Ansichten eher bestätigen als widerlegen.

Ich stehe gerne zu, dass lange Zeit der bürgerliche Filz den Ton angab und Leute mit anderen Sichten abstrafte. Die 1968er haben aber danach den Stall gründlich ausgemistet und sitzen heute in den wichtigen Positionen in Verwaltung und Staat. Die Staatshasser von einst sind zu Etatisten geworden.

Gerade die SVP hat aber auch Themen gesetzt, die heute in der Schweizer Bevölkerung Mainstream sind: Ablehnung des EU-Beitritts und ein Fokus auf Ausländer zum Beispiel.

Die Frage ist: Hat die SVP wirklich viele Leute zu einem Umdenken bewegt? Oder hat sie Leuten, die diese Haltung immer vertraten, erst eine Stimme gegeben? Ich glaube an letzteres. Vor der Abstimmung zum EWR-Beitritt 1992 herrschte in den Medien eine Unité de Doctrine: EWR ist gut, alles andere bedeutet den Niedergang der Schweiz! Im Falle der Ausländerfrage lautete die Doktrin: Es gibt keine Probleme, weil es keine geben darf. Es ist unanständig, überhaupt die Frage aufzuwerfen, was mit Ausländern geschehen soll, die kriminell werden oder den Sozialstaat missbrauchen. Wir haben solche Fragen enttabuisiert.

Sie verwenden selbst dieses modische Wort: «Enttabuisierung»?

Absolut. Es ist die Arbeit von zwei Jahrzehnten. Und es war nicht einfach. Wir wurden von den Medien ständig angefeindet.

Die Anfeindungen waren doch kalkuliert und darum vor allem eins: Gratiswerbung.

Auch das stimmt. Ohne die Dauerkritik der Medien wären unsere Positionen nie bekannt geworden. Insofern müsste ich mich bedanken.

Also sind die Medien doch auf Ihrer Seite?

Der mediale Mainstream ist sozialdemokratisch. Dieser Mainstream hat sich nicht im Empfinden der Menschen durchgesetzt, aber in den Begriffen schon. Die Sozialdemokraten haben die Deutungshoheit über die Begriffe «Freiheit», «Gleichheit» und «Gerechtigkeit». Aber die Hoheit beginnt zu bröckeln.

Wie kommen Sie darauf?

Die Schweiz ist meiner Meinung nach in den letzten Jahren wieder bürgerlicher geworden.

Nun muss ich endlich einhaken: Was meinen Sie genau mit «bürgerlich»?

Ich denke dabei an den finanziell und intellektuell unabhängigen Bürger, der weiss, dass der Staat für ihn da ist – und nicht umgekehrt. Je freier ich bin, desto besser kann ich für mich und die meinigen sorgen. Ich Sorge für die Sicherheit, indem ich Militärdienst leiste. Ich Sorge für meinen Lebensunterhalt, indem ich arbeiten gehe. Das ist die bürgerliche Grundhaltung. Der Sozialdemokrat hingegen sagt: Ich will mich selbst verwirklichen, aber die anderen sollen bitte schön dafür bezahlen. Es geht hier letztlich um eine Kultur der Delegation: Der Staat sorgt für mich. Ich überlasse ihm meine Kinder, meine Sicherheit, meine Vorsorge, mein Leben.

Wehrwille als Ausdruck von «Bürgerlichkeit»? Aber Sie sagen es ja selbst: Es sind die Bürger, die einen vor- und umsorgenden Staat wollen. Es ist nicht der Staat, der sich ihnen aufdrängt.

Das sind die Folgen von Jahrzehnten des wachsenden Wohlstands. Aber wir stecken mitten in einer Wende, es setzt sich das Bewusstsein durch, dass der Zahltag irgendwann kommt. Und wer zahlt? Immer die Bürger. Viele merken das. Eigeninitiative und Eigenverantwortung werden wieder mehr geschätzt. Natürlich

wird die Politik dadurch nicht neu erfunden – da geht es darum, mehr zu versprechen, als man halten kann. Aber auch da wird ökonomischer und politischer Sachverstand wieder Einzug halten. Die Frage heute ist nicht: Was darf der Staat noch machen? Die Frage ist: Was soll der Staat nicht mehr machen?

Gut gesagt. Aber das klingt für mich nach Zweckoptimismus.

Nein. Wir erleben heute eine bürgerliche Frauengegenbewegung. Mussten Frauen sich bis vor kurzem als links geben, wenn sie nicht geächtet werden wollten, können sie nun ihre freiheitlichen Haltungen offen zeigen. Und sie tun es gekonnt. Gerade jüngere Frauen sind sehr leistungsorientiert und halten nichts von staatlicher Bevormundung.

Auf Sie haben die Schulen offensichtlich nicht abgefärbt. Sie glauben an eine Wiederverbürgerlichung der Schweiz dank politisierender Frauen?

Absolut. Von da kommt viel frischer Wind. Der Feminismus ist doch völlig vorbei. Aber wir haben auch noch andere Verbündete, an die wir zu wenig denken.

Wen meinen Sie genau?

Gehen wir einmal davon aus, dass mein Eindruck stimmt: Die Schweiz ist heute bürgerlicher als vor 20 Jahren. Dabei müssen wir in Betracht ziehen, dass eine Generation von tendenziell bürgerlichen Wählern in der Zwischenzeit verstorben ist. Viele Junge ticken heute wieder leistungsorientiert, weil sie wissen, dass die Welt nicht auf sie gewartet hat, aber eine weitere Gruppe kommt hinzu: eingebürgerte Ausländer, die übers Jugendalter hinausgewachsen sind. Wir haben in den letzten 20 Jahren 600 000 Leute eingebürgert, das muss man sehen. Viele Leute kommen eben in die Schweiz, weil sie etwas leisten wollen. Weil die Schweiz insgesamt bürgerlicher tickt als ihre Nachbarländer, haben die Einwanderer hier die Möglichkeit, durch eigene Leistung etwas zustande zu bringen. Und sie wollen ihre Chance nutzen – anders als viele hier geborene Schweizer.

Diese Einwanderer kommen wegen der guten Wirtschaftslage und der hohen Lebensqualität. Das ist ja völlig legitim.

Genau. Schauen Sie sich nur mal die Türken an, die mittlerweile an jeder zweiten Ecke einen Kebabstand betreiben. Das sind leistungsorientierte Kleinunternehmer, die Eigenverantwortung leben. Sie wollen reich werden und erfolgreich sein. Und sie wollen, dass ihre Kinder an die besten Schulen gehen. Das sind bestimmt keine Sozialdemokraten. Und die Zuwanderer in den Sozialstaat ziehen sogar die Verachtung ihrer Landsleute auf sich. Die verstehen gar nicht, weshalb wir so sanft mit Leuten umgehen, die unser Sozialsystem ausnutzen.

Wir kommen vom Thema ab. Zurück zu den Medien. Wenn ich Sie richtig verstehe, sagen Sie also letztlich: Die meisten Journalisten schreiben an ihrem Publikum vorbei?

lista office LO

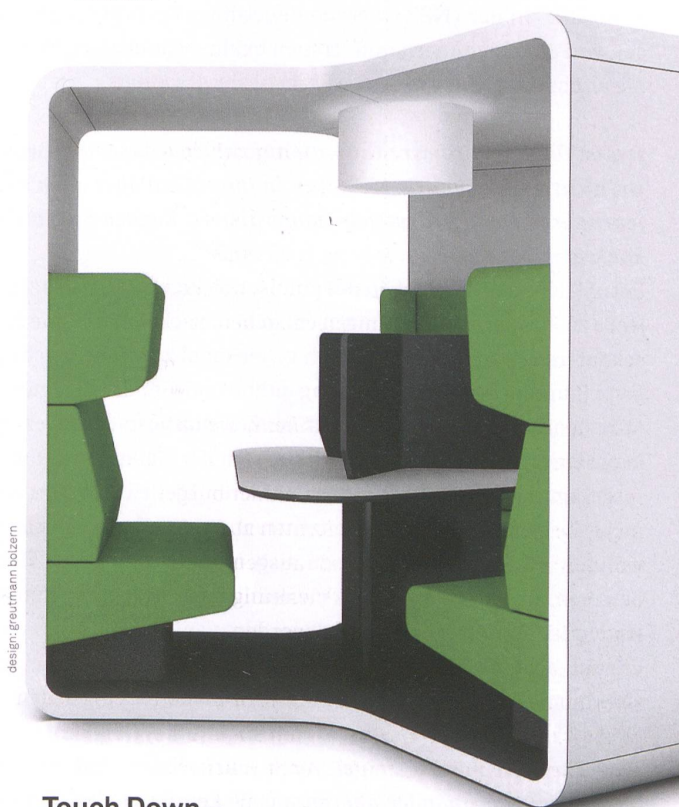


reddot design award
best of the best 2012



DESIGNPREIS
DER
BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND
2012

NOMINIERT



design: greutmann bolzern

Touch Down – für den Zwischenstopp.

Schnelldenker, Platzwechsler und Nomaden der Arbeitswelt finden im Touch Down eine ideale Station für temporäre Tätigkeiten und produktive Zwischenstopps. Ob E-Mails schreiben, ein Meeting vorbereiten oder Notizen lesen, der Touch Down ist genau dafür gemacht. LO Mindport von Lista Office LO ist das neue Raummöbelsystem, das offene Arbeitswelten strukturiert. Das sich an jede Situation anpasst. Und das Menschen motiviert.

> www.lista-office.com/mindport



Genau so ist es. Zwischendurch kommt es zu kleinen Korrekturen. Nehmen Sie den «Blick». Wir waren über Jahre das einzige Land mit einem linken Boulevard. Nachdem der von oben aufgepfropfte sozialdemokratische Kurs ganz offensichtlich unten nicht gut ankam, ist man schweren Herzens umgeschwenkt.

Der «Blick» verliert dennoch weiterhin Abonnenten.

Die Kursänderung kam wohl zu spät. Politisch korrekter Boulevard ist ein Zwitter, der nicht erfolgreich sein kann. Hier waren Leute mit eigener Agenda am Werk, die das Publikum souverän ignorierten. Die «NZZ» hat den umgekehrten Weg eingeschlagen. Der Zürich- und der Inlandteil sind erstaunlich staatsgläubig geworden. In der «NZZ» werden neuerdings auch Verlautbarungen von Staatsmännern und -frauen exklusiv publiziert, als wäre die altehrwürdige Zeitung das Sprachrohr des Staates.

Das ist für eine Forumszeitung, die auf zahlende Leser angewiesen ist, nicht ungewöhnlich. Sie haben in Interlaken aber auch einen journalistischen Herdentrieb diagnostiziert. Können Sie da noch konkreter werden?

Ja wohl. Ich sehe das auch in der politischen Praxis. Ich versuche jeweils zu messen, wie Meinungen entstehen, nachdem wir eine Pressekonzferenz gegeben haben. Nach 15, maximal 20 Minuten geht der erste Journalist mit einer Meinung online und gibt damit argumentativ den Takt vor. Der Zeitdruck im Zeitungsbusiness ist enorm, kaum einer hat die Musse, sich wirklich mit der Materie zu befassen. Insgesamt herrscht eine Copy-Paste-Kultur. Vielleicht war es auch nicht die beste Idee, ein Medienzentrum zu schaffen. Die Kollegen wohnen zusammen, sie müssen sich irgendwo in dieser Herde bewegen, was ja letztlich bloss menschlich ist. Aber diese Konzentration ist bestimmt ungesund. Bloss nicht auffallen! Zuspitzen ist erlaubt, aber ja nicht gegen die journalistische Mehrheitsmeinung schwimmen, sonst wird man nicht mehr zum Kaffee eingeladen.

Ihre These ist mir zu simpel. Auch Journalisten sind eitel und wollen sich voneinander abgrenzen. Wenn alle in eine Richtung gehen, dann kommt bestimmt einer auf die Idee, konsequent dagegenzuhalten.

Nehmen Sie Urs Paul Engeler, Journalist des Jahres 2012. Er war früher staatskeptisch, und er ist es heute nicht minder. Er ist unter seinen Kollegen längst eine Persona non grata. Die Ächtung kann er sich leisten, weil er bereits einen Namen hat. Aber die Jungen, die sich erst einen Namen machen müssen – sie schwimmen mit dem Strom. Und die meisten Älteren suchen sich einen Job im PR-Bereich oder in der Verwaltung und halten den Mund.

Sie haben sich an Verleger, nicht an Journalisten gewandt. Warum eigentlich?

Die Verleger sind die richtigen Adressaten. Denn sie müssen die richtigen Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Journalisten einen guten Job machen können.

Welche Verleger meinen Sie eigentlich genau?

Stimmt schon. Wir haben keine echten Verlegerpersönlichkeiten mehr.

Es gibt Peter Wanner im Mittelland. Es gibt Hanspeter Lebrument in der Südostschweiz. Es gibt Norbert Neininger im Schaffhauser. Aber auch sie müssen erst mal Geld verdienen.

Das tun sie ja. Und sie setzen auf Seichtheit und Beliebtheit, mit der Ausnahme von Neininger. Er mutet seinen Lesern noch etwas Haltung zu.

Das sagen Sie nur, weil Neininger als SVP-nah gilt.

Darum geht es nicht. Es geht um unternehmerische und um zivile Courage. Verleger haben einen ungeschriebenen Verfassungsauftrag, nämlich den Mächtigen auf die Finger zu schauen. Die «WOZ» hat naturgemäss keinen obersten Eigentümer und Chef, aber immerhin lässt sich da eine klare Linie und Haltung ausmachen. Sie ist kritisch gegenüber den Mächtigen der Wirtschaft. Auch das ist wichtig.

Sie wollen zurück zur Parteienpresse von einst?

Nein. Ich rede nicht von Parteienpolitik. Ich rede von Machtkritik. Wir brauchen mehr Machtkritik.

Sie idealisieren die Medienkonsumenten. Die bekommen das, was sie letztlich wollen.

Das glaube ich nicht. Ich würde eher sagen: Die Medienleute kennen ihr eigenes Publikum nicht. Die Jungen sind nicht so blöd, wie sie die Verleger vielleicht gerne hätten.

Das ist eine steile These. Sie unterstellen den Zeitungsmachern, dass sie reale Lesebedürfnisse ignorieren?

Das ist in der Tat mein Verdacht. Die Journalisten schreiben an ihren Lesern vorbei, und die Verleger bzw. die CEO der grossen Verlage interessiert es nicht.

Dann müssten Sie Verleger werden!

Ich versuche erst mal, meinen Job als Bundesrat gut zu machen. Aber ich bin wirklich überzeugt: Die Leser würden es den Verlegern danken, wenn diese wieder den Mut hätten, einen eigenen, einen eigenständigen publizistischen Weg zu gehen. Und sie würden ihrer staatspolitischen Verantwortung gerecht. Denn wir brauchen eine kritische Öffentlichkeit, und die lässt sich nun mal nicht staatlich herstellen. Der Staat kann nicht seine eigenen Kontrolleure bezahlen. Also braucht es mutige Unternehmerpersönlichkeiten, die hier etwas wagen. Vielleicht verdienen sie nicht das grosse Geld, aber sie tun einen ehrenvollen Job.

Herr Maurer, ich danke Ihnen für dieses Gespräch. ◀

Das Interview fand Ende 2013 in Bern statt, als Ueli Maurer Bundespräsident war.